

8. Fazit: Grenzen des Engagements

Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung verfasste kurz nach dem Bezug der Ernst-Grube-Halle Mitte August 2015 eine öffentliche Stellungnahme, in der er die Leipziger Bevölkerung aufforderte, den Geflüchteten zu helfen. Er stellte darin eine Verbindung zwischen den Ereignissen in der Ernst-Grube-Halle und den Geschehnissen in der Welt her:

»Liebe Leipzigerinnen, liebe Leipziger,
wir werden zurzeit Zeugen einer der größten humanitären Katastrophen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Rund 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Krieg, vor Verfolgung, vor drückender Armut. Wir alle sind aufgefordert, diesen Menschen zu helfen, ihnen die Hand zu reichen und ihnen eine sichere Bleibe und wieder eine Perspektive zu geben.

Diese Herausforderung für uns alle, für jeden einzelnen von uns, für jede Behörde, für jede Hilfsorganisation, wird in den nächsten Wochen und Monaten nicht geringer werden. Im Gegenteil, die Prognosen werden immer wieder nach oben korrigiert, vielleicht werden wir mit bis zu 750.000 Menschen rechnen müssen, die sich bis zum Jahresende nach Deutschland flüchten. In jeder Stadt, in jeder Gemeinde in Deutschland wird die Misere ankommen, werden wir die Folgen spüren, sind wir aufgefordert zu helfen.« (Jung 19.08.15)

Diese Ansprache verdeutlicht in ihrer drastischen Wortwahl das Bild des Leids, das aus der Ferne nun wieder auch nach Deutschland, in jede Gemeinde, zu jedem Menschen »kommt« und dessen »wir« nun »Zeuge« werden. Was asylkritische Bewegungen als Bedrohung interpretierten, wurde hier explizit zu einer moralischen Handlungsaufforderung formuliert, die die gesamte Gesellschaft betrifft. Dies verdeutlicht den Ausgangspunkt der Entwicklungen, die ich in dieser Arbeit beschrieben habe. Der verbindende Moment, der entstand, als eine hohe Anzahl von Menschen gemeinsam kurzfristige Nothilfe leistete, mündete in eine langfristige Neugestaltung der Asylpolitik und Asylpraxis. Dabei spielte das freiwillige Engagement eine konstituierende Rolle.

Obwohl der Titel dieses Kapitels recht pessimistisch anmutet, will ich im Folgenden die Grenzen dieses Engagements nicht als einengenden Abschluss dieser

Arbeit, geschweige denn als Zusammenfassung gubernementaler Handlungsbedingungen, diskutieren. Vielmehr geht es um die Grenzziehungen, sowohl im politischen Feld als auch wechselwirkend mit den politischen Handlungen. Die Grenzen des Engagements sind aber auch sichtbar gewordene Anzeiger für die veränderten Mitbestimmungsambitionen der Menschen, die nicht zu den klassisch etablierten Partizipationsmöglichkeiten und -definitionen passen.

Die Grenzen des Engagements definieren sich durch eine dem Engagement immanente Ambivalenz. Sie speist sich aus der Gleichzeitigkeit der Ereignisse unseres Alltags und der, die woanders in der Welt stattfinden, der Gleichzeitigkeit von Nähe und Distanz, die wir angesichts von Krisen, Katastrophen, anderen Schicksalen und anderen Meinungen empfinden, sowie der Gleichzeitigkeit von »Erfahrungsräumen« und »Erwartungshorizonten« (Koselleck 1989; zitiert in Ringel 2016: 157). Zwischen »Rückbezug zur Vergangenheit« und »Vorausschau auf die Zukunft« (Ringel 2016: 157) suchten Freiwillige nach Möglichkeiten, ihr Handeln im Jetzt aktiv zu gestalten (vgl. Ortner 2016: 66). Dieses Handeln möglichst frei von kategorisierenden Zuordnungen zu beschreiben, und damit die Ambivalenzen seiner Zuordnungen sichtbar zu machen, war ein Ziel dieser Arbeit. Engagement wurde zu einem empirischen Sichtfenster, als Teil des Lebens in einer globalisierten Welt. Durch die Fluchtmigration von über einer Million Menschen nach Deutschland in den Jahren 2015 und 2016 verlagerte sich diese Gleichzeitigkeit direkt vor die Haustür. Dies hat neue Grenzziehungen und damit neue Handlungsmöglichkeiten des Engagements ermöglicht. Diese Möglichkeitsräume, die in Konflikten entstehen, sind nicht nur für uns Ethnolog*innen empirische Sichtfenster, sie sind – als Zukunftsvision verstanden – handlungsleitend für Engagierte und damit zentral für die Analyse meines Feldes.

In dieser Arbeit ging es um die freiwillige Arbeit als Praxis und Möglichkeitsraum und deren institutionelle Einbettung im Kontext der *Verwaltungskrise 2015/2016*. In der Analyse der freiwilligen Handlungen und der institutionellen Strukturen, die wechselwirkend miteinander verwoben sind, wurde immer wieder deutlich, dass dieses als Assemblage gefasste Feld nur mithilfe dreier Perspektiven verstanden werden kann: Einerseits auf der Ebene der Institutionen, auf der der Individuen und auf der diskursiven Ebene. Die erste Perspektive wirft Fragen danach auf, wie Kategorien und Regelwerke entstehen und wie Institutionen, und damit einhergehende Hierarchien, Grenzen setzen oder Handlungsräume eröffnen. Durch die zweite Perspektive rücken die Menschen in den Fokus, die in dieser Situation Verantwortung übernehmen und auf vielfältige Weise ihre Ressourcen einbringen, sei es durch das Backen von Kuchen, durch Sprachunterricht oder durch Sachspenden. Angesichts der Kurzfristigkeit war hier eine besonders große Heterogenität der Hilfe zu beobachten: Freiwillige waren auch mit zahlreichen Unsicherheiten in Bezug auf das Zusammenleben mit Geflüchteten konfrontiert. Diese entwickelten sich genauso wie die Hilfsstrukturen wechselwirkend mit

lokalen und überlokalen Diskursen und Policies. Hierbei wird drittens deutlich, dass diese überlokalen Prozesse individuell und durch soziale Interaktionen übersetzt werden. Dadurch wird deutlich, dass die Freiwilligen die Herausforderung und Grenzen als Chance und Lernfeld begreifen und auf unterschiedlichste Weise Antworten auf die Frage finden, was ihr Anteil sein kann, der »Misere« mithilfe einer optimistischen Zukunftsvision entgegenzutreten. Diese Ambivalenz des Engagements, nicht zu wissen, *wie* man helfen kann, aber helfen zu wollen, spiegelt sich in der Frage wider, die Sherry B. Ortner in Bezug auf die Möglichkeiten, diese Situiertheit der Menschen in einer globalen Welt anthropologisch zu fassen, aufwirft:

»In sum, I would agree with scholars of the good life that the study of power and inequality, and the damage they do, cannot be the whole of anthropology. I would also agree with scholars of morality and ethics that it is important to look at the caring and ethical dimensions of human life, for what is the point of opposing neoliberalism if we cannot imagine better ways of living and better futures? How can we be both realistic about the ugly realities of the world today and hopeful about the possibilities of changing them?« (Ortner 2016: 60)

Burkhard Jungs Ansprache kann als Versuch, beides zu sein, gedeutet werden: So-wohl »realistisch in Bezug auf die hässlichen Realitäten der heutigen Welt« zu sein als auch »hoffnungsvoll in Bezug auf die Möglichkeiten, sie zu ändern« (ebd.: 60; Übersetzung der Autorin). Die Frage nach den Grenzen des Engagements ist auch im Kontext dieser Ambivalenz zu verstehen. Sie betrachtet die Beschränkungen des Handelns in politischen und gesellschaftlichen Feldern, deren Konstitution, aber auch deren Wandel, sichtbar geworden ist. Dabei geht es einerseits darum, aufzuzeigen, welche Prozesse, Institutionen und Diskurse als limitierend wahrge nommen werden und wie diese reproduziert oder umgedeutet werden. Andererseits knüpft diese Frage an die Engagementforschung, Forschungen zu urbanem Leben und zu Migration und Integration in Städten an und fragt nach den neuen Möglichkeitsräumen, die freiwilliges Handeln im Forschungszeitraum eröffnete.

Die Grundidee dieser Arbeit basiert auf einer Zweiteilung, die sich im Titel widerspiegelt: Engagement im Wandel – Wandel durch Engagement. Es verdeutlicht, dass die Formen des Engagements sich verändert haben und diese Entwicklungen zu einem Wandel in der politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen Einbettung des Engagements geführt haben. Dabei wird die Verwobenheit von Handeln und Struktur deutlich: Das Engagement ist auch ein Mittel, um die Geschehnisse in der Assemblage zu verändern.

Meine Untersuchung sowohl des Wandels der asylpolitischen Strukturen als auch der Handlungen im Feld führt zu zwei zentralen Ergebnissen. Erstens zeigt sich, dass der Wandel auf struktureller Ebene zu verstärkten Öffnungsprozessen des asylpolitischen Feldes gegenüber anderen gesellschaftlichen Bereichen und ge-

genüber nicht-professionellen Akteur*innen, im Sinne Bourdieus »Professioneller« (2001: 70) im politischen Feld, führte. Zweitens muss als Konsequenz daraus das Handeln der Akteur*innen als politische Partizipation aufgefasst werden, nämlich als Teil eines breiter gefassten asylpolitischen Feldes. Damit sind zwei zentrale Thesen der Arbeit genannt, die dieses Fazit gliedern. Unter der Fragestellung der Grenzen des Engagements fasse ich meine Ergebnisse in Bezug auf Struktur (Assemblage) und Handeln (politische Partizipation) zusammen und schließe in einem dritten Teil Überlegungen zur Rolle der Zukunft des Engagements an.

8.1 Assemblage: Öffnungs- und Abgrenzungsprozesse politischer Felder

In dieser Arbeit habe ich aufgezeigt, dass und wie die Herausforderungen einer *Verwaltungskrise* zur Auffächerung und Öffnung bestehender Asylhilfe-Strukturen in Leipzig führten. Die *Assemblage Theory* in der Rezeption von DeLanda (2006; 2016) sowie von Collier und Ong (2005) fungierte als analytisches Hilfsmittel um die Konstitution und den Wandel des politischen Feldes in seiner Beziehung zu globalen Prozessen analysieren zu können. Dabei ist relevant, dass die Handlungen der Akteur*innen als Bottom-up Bewegung konzipiert werden können und gleichzeitig damit verbundene Top-down Prozesse in ihren globalen Zusammenhängen verstanden werden können. Die Assemblage konstituiert sich durch die Eigenschaften ihrer Einzelteile, die in sozialen Interaktionen veräußert werden. Die Asylpolitik, als Assemblage, entstand zum Teil als Reaktion auf unmittelbare Notsituationen und damit als Improvisation und als problemgeleiteter Experimentierprozess, innerhalb dessen bestehendes Wissen und Individuen aus anderen Feldern Teile dieses neuen Feldes der Flüchtlingshilfe wurden. Angesichts dieses neuen Arrangements bildeten sich neue Netzwerke und neue Hierarchien. Infolgedessen wurde einerseits neues Wissen produziert und neue Institutionen etabliert, anderseits spezialisierten sich die verschiedenen Beteiligten. Die Assemblage konstituierte sich aber nicht nur durch diese kurzfristigen Umwälzungen. Sowohl bestehende Diskurse, Policies, Traditionen, als auch historische lokale und globale Prozesse sowie Infrastrukturen wurden als Elemente dieser Assemblage in den Blick genommen. Beispiele dafür sind auf kommunaler Ebene Leipzigs soziale und kulturelle Vielfalt aktiver Akteur*innen und eine Stadtverwaltung, die dem bewusst Raum lässt, sowie die besondere Rolle Leipzigs in Sachsen und in der Geschichte der DDR. Auch Faktoren auf Landesebene hatten Einfluss auf die Leipziger Assemblage. Zum Beispiel eine in Sachsen bis 2015 kaum entwickelte Integrationspolitik und eine Unerfahrenheit mit Notunterbringungen von Asylsuchenden und mit der Förderung von Unterstützungsstrukturen (vgl. Kapitel 6). Nicht zuletzt bildeten Gesetzgebungen, Richtlinien und Entscheidungen auf Bundesebene

sowie Diskurse wie die der *Willkommenskultur* Rahmenbedingungen für Handlungen in der Assemblage. Die Stadt als Untersuchungsfeld ist der Ort, an dem diese Fäden zusammenlaufen und an dem ich als Ethnologin beobachten konnte, wie die Beteiligten mit diesen Fäden spielten und sie interpretierten.¹

Die Assemblage, verstanden als »nested set of individual emergent wholes operating at different scales« (DeLanda 2016: 16), erklärt das Zusammentreffen aller Elemente in materiellen und expressiven Rollen, sowie die Prozesse, die in den sozialen Interaktionen zwischen diesen Elementen stattfinden. Durch und in diesen Interaktionen entstehen Konstitution und Wandel der Assemblage. Als Prozesse beschreibt DeLanda De-/Kodierung und De-/Territorialisierung (vgl. ebd. 2006: 13; vgl. ebd. 2016: 22). Diese übersetzte ich als Abschottungs- und Öffnungsprozesse, oder auch als Grenzziehungs- und Harmonisierungsprozesse, die in meinem Feld zum Beispiel im Kontext von Kategorisierungen und Legitimierungen sichtbar wurden. Diese Dynamiken in den Assemblagen wandern mittels der beteiligten Akteur*innen durch die unterschiedlichen Ebenen. Diese zentrale Rolle der Akteur*innen beschreiben auch Shore und Wright in ihrer Policy-Analyse (vgl. 2011: 7). Mit der *Assemblage Theory* lassen sich diese aber noch grundlegender als Prozesse, die nicht zwangsläufig politisch intendiert sein müssen, verstehen. Dies wird auch dem Gedanken der Ausweitung politischer Felder gerecht: Wenn politische Räume weniger abgeschottet sind, dann müssen alltägliche Handlungen auch auf einer alltäglichen Ebene als relevant für die erweiterten politischen Felder begriffen werden, und zwar nicht nur, wenn sie sich bewusst auf Policies beziehen.

Dabei ist zu betonen, dass sowohl Abschottung als auch Ausweitung politischer Felder weder abgeschlossene noch lineare oder homogenisierende Entwicklungen sind. Im Forschungszeitraum wurde besonders deutlich, wie Akteur*innen die vorhandenen Kategorisierungen von Asylpolicies in Frage stellten (Deterritorialisierung), die eher auf Abschottung (Territorialisierung) abzielten. Dies geschah gleichermaßen durch das Backen eines Kuchens für das Internationale Kirchencafé, wie durch die Begleitung bei Behördengängen. Dies klingt zunächst nach rein räumlichen Beschreibungen, sie betreffen aber gleichermaßen die Diskursebene. Ausweitung und Abschottung begreife ich genauso wie andere scheinbar paradoxe Dichotomien als einander bedingende Dynamiken, deren Konflikte für uns Ethnolog*innen zu empirischen Sichtfenstern werden können, weil sie die Kodierungs- und Territorialisierungseffekte einer zu untersuchenden Assemblage aufzeigen, und uns so etwas über die sozialen Interaktionen der Elemente erklären und andersrum.

¹ Das Bild der Fadenspiele geht auf Donna Haraway (2018) zurück.

8.1.1 Abgrenzungspraxen zwischen ›staatlichen‹ und ›nicht-staatlichen‹ Strukturen

Die Betrachtung der Grenzziehung zwischen ›staatlichen‹ und ›zivilgesellschaftlichen‹ Strukturen in dieser Arbeit bezog sich vor allem auf die Aushandlung der Beteiligten (vgl. Mitchell 1991: 90; vgl. Read 2018: 91). Diese fanden häufig im Kontext von Diskursen um Aufgabenverteilungen und Finanzierungsmöglichkeiten statt. Das Anliegen der Arbeit ist die Beschreibung der Abgrenzungspraxen mittels der Darstellung der Konflikte, die damit einhergehen, und der Aushandlungsprozesse, die sich daran anschließen. Die Grenzziehungspraxen zeigten sich beispielsweise in der Aushandlung darüber, welche Aufgaben ehrenamtlich und welche hauptamtlich ausgeführt werden sollten. Hier wurde deutlich, dass die Situation von einer definitorischen Unordnung geprägt war. Durch die Ausweitung politischer Felder entstanden mehr Handlungsräume, die nicht direkt an eine staatliche Institution geknüpft sind (auf städtischer, Landes-, Bundes- oder europäischer Ebene), wie das beispielsweise in Form einer Stelle im Sozialamt der Fall wäre. Dieser Bereich hat im Forschungszeitraum an gesellschaftlicher und politischer Bedeutung gewonnen. Dass sich diese Strukturen vergrößern, ist nicht neu. Zahlreiche Forschungen belegen die gewachsene Rolle der Engagementstrukturen im Wohlfahrtsbereich etwa nach dem Jahrtausendwechsel (vgl. z.B. Karakayali et al. 2018: 22). Ich habe in der Arbeit deutlich gemacht, dass das Subsidiaritätsprinzip solche Entwicklungen fordert und fördert. In der neueren Fluchtforschung wurde dies nur selten als Einflussfaktor diskutiert. Ich betrachte dies als eine Lücke in der Erforschung dieser neuen Beziehung zwischen ›staatlichen‹ und ›zivilgesellschaftlichen‹ Akteur*innen. Meine Arbeit schließt Subsidiarität als bereits existierendes Beziehungs-Prinzip und somit als Teil eines wirkmächtigen Dispositivs ein. Dadurch konnte ich aufzeigen, dass Verfahren und Institutionen in der Assemblage als eine *traditionale* Form sozialen Handelns (Weber 2005: 17) wirksam wurden (bspw. Katastrophenschutz, Wohlfahrtsträger), weil dies die Hilfsstrukturen in Deutschland sind, die sich seit fast hundert Jahren in diese Richtung spezialisiert haben. Das bedeutet nicht, dass andere diskutierte Prozesse wie Neoliberalisierung und Gouvernementalität keine Rolle spielen. Sie sind genauso wie Subsidiarität wechselwirkende Faktoren, die die Assemblage beeinflussen, zu unterschiedlichen Zeiten auf unterschiedliche Weise.

Durch die methodische Herangehensweise, die Handlungen und Netzwerke der Menschen im Raum zwischen Individuum und ›Staat‹ zu analysieren (vgl. *Stategraphy* von Thelen, Vettters und Benda-Beckmann 2018) konnte ich aufzeigen, dass lokale Asylpolitik kein definitorisch eng umgrenztes politisches Feld ist. Menschen agierten als Schlüsselfiguren oder sie spezialisierten sich, wodurch sie durch ihr Handeln und ihre Netzwerke die Assemblage konstituierten und das asylpolitische Feld neu beschrieben. Diese Öffnung politischer Felder (vgl. Adam und Vonderau

2014) ist ein Effekt der Neubestimmung der Beziehung von ›staatlichen‹ und ›zivilgesellschaftlichen‹ Strukturen. In dieser Arbeit habe ich deutlich gemacht, dass diese Beobachtungen und Schlussfolgerungen auch für die Analyse der *Handlungen* in diesen Feldern Grundlage sein müssen. Die neuere Fluchtforschung hat die Aufgabenverteilung häufig unter Aufrechterhaltung der Vorstellung einer strikten Trennung von ›staatlichen‹ und ›nicht-staatlichen‹ Feldern diskutiert und diese Dichotomie damit reproduziert. »Die Komplexität und die Widersprüche der Migrationsgesellschaft spiegeln sich auch in der Forschung selbst [...] wider.« (Karakayali 2018: 23) Forschungsfragen, die darauf abzielen, *ob* das Engagement Teil des politischen Feldes ist, *ob* es staatliche Aufgaben übernimmt, verpassen die Chance der Anerkennung der Öffnung politischer Felder und der Aufteilung von Aufgaben in einem vielleicht nicht immer so klar definierten Raum zwischen Individuum und ›Staat‹. Diese *ob*-Fragen verhindern – trotz ihrer Relevanz – den Blick darauf, *wie* nicht-staatliche Strukturen sich entwickeln und *wie* sie gut unterstützt werden können. Ich plädiere daher für eine Anerkennung des Raumes zwischen Individuum und ›Staat‹ als Ort für *das Politische* (Rolshoven 2018), das heißt für politisches, ambivalentes Handeln, für heterogene Lösungsstrategien, für Experimentieren und Lernen. Dies spiegelt meines Erachtens am ehesten den Wissensstand wider, auf dem sich Sachsen und Leipzig in Punkt Migration und Integration gerade befinden. Sie lernen und sie entwickeln sich.

Im Forschungsfeld wurde diese Beziehung entlang politischer Partizipationsmöglichkeiten und der Grenzen zwischen Haupt- und Ehrenamt neu verhandelt. Die Art und Weise, wie sich ›staatliche‹ Akteur*innen gegenüber der sich entwickelnden informellen Engagementbewegung positionierten, verdeutlichte die unterschiedlichen Verständnisse von Hierarchien und Grenzziehungen zwischen ›Staat‹ und ›Zivilgesellschaft‹. In der Anfangsphase der gesteigerten Fluchtmigration waren bestehende Hierarchien für eine neue Zusammensetzung des Akteur*innenfeldes hinderlich. Am Beispiel des Bezugs einer Notunterkunft habe ich aufgezeigt, dass bestehendes Wissen und Spezialisierungen neu kombiniert werden mussten, und dass andere Menschen zu Expert*innen (›Professionellen‹) des Feldes wurden. Kommunikation und Wissenstransfer waren nötig, um bestehende Wissen-Macht-Gefälle neu aufzustellen und der neuen Situation anzupassen. Hier verhinderten bestehende Hierarchien eine größere Offenheit, neue involvierte Personen als Expert*innen anzuerkennen. Der Unterschied wurde durch die unterschiedlichen Strategien auf kommunaler und auf Landesebene sichtbar. Während in Leipzigs Stadtverwaltung bereits gute Erfahrungen mit eigeninitiativen, informellen Organisationen gemacht wurden, war der Austausch zum Beispiel mit Stellvertretenden des Landes Sachsen aufgrund eines Erfahrungsrückstandes anfangs schwieriger. Ich konnte beobachten, wie sich diese hierarchischen Grenzen im Forschungszeitraum durch Aushandlungsprozesse gewandelt haben. Die gemachten Erfahrungen und die Neuverteilung von Wissen

haben in einigen Fällen zu mehr Augenhöhe in der Kommunikation zwischen etablierten Akteur*innen und den ›neuen‹ Expert*innen geführt.

8.1.2 Veränderung finanzieller und infrastruktureller Grenzen

Migration und Integration sind in jeder Hinsicht ein Lernfeld für Gesellschaft und Politik in den ›neuen‹ Bundesländern. Dementsprechend hoch ist die Dynamik des Wandels seit 2015. Dies lässt sich gut an Sachsens Integrationspolitik belegen. Die Unterstützungsstrukturen auf Landesebene haben sich seit 2015 auf institutioneller und inhaltlicher Ebene stark verändert. Auf Landesebene begann man, konkrete Unterstützungsstrukturen aufzubauen, die die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten zwischen Geflüchteten und Migrant*innen und Schondagewesenen förderten. Dazu wurde 2018 ein neues Integrationskonzept vorgelegt, das die Umsetzungsstrategien genau benennt. Die Entwicklung der Integrationspolicies in den ›neuen‹ Bundesländern bleibt ein spannendes Forschungsgebiet, weil nach 2015 begonnen wurde, hier neue Weichen zu stellen, beispielsweise durch den seither vermehrten Austausch mit erfahrenen Aktiven aus den ›alten‹ Bundesländern. Hier spielen auch die privaten Träger und Wohlfahrtsträger eine Rolle, weil sie durch ihre deutschlandweite Vernetzung den internen Erfahrungsaustausch früh ermöglichten. In Leipzig wird im Integrationskonzept von 2020 die Rolle der Engagierten besonders hervorgehoben.

Diese Entwicklungen hatten auch Einfluss auf die Förderstrukturen: Wie ich durch spätere Interviews (nach meinem Kernforschungszeitraum) erfuhr, wurden zunehmend Institutionen und Projekte gefördert, die sich auf die Entwicklung von Stadtteilen und sozialen Räumen beziehen, anstatt auf Projekte, die sich ausschließlich an Geflüchtete richten. Dies wurde zwar schon immer als Policy formuliert, jedoch widersprachen die Förderstrukturen häufig den Förderzielen. Die fehlende finanzielle Grundsicherung asylpolitischer Aufgaben war insbesondere zum Ende der Förderperiode im Herbst 2016 deutlich spürbar: Wie sinnvoll ist das, was ich mache, wenn es durch Fördermittel befristet ist? Fragen wie diese stellten sich zahlreiche meiner Kontaktpersonen. Inwieweit diese neuen Förderziele zu einer besseren Schaffung von Begegnungsorten beitragen, kann diese Arbeit jedoch nicht klären.

Es überraschte mich schon während meiner Feldforschung, aber mehr noch bei der Analyse meiner Daten, wie oft meine Ansprechpersonen ihre persönlichen Erfahrungen mit den Asyl- und Engagementstrukturen »im Westen« verglichen. Sie führten an, dass es so wenig Erfahrung und so wenig Strukturen in Leipzig, »im Osten«, gebe, die das Engagement unterstützen, die eine Kultur der Freiwilligkeit und eine Offenheit gegenüber kultureller Vielheit beförderten. »Es ist unglaublich schwer, echte Begegnungsorte zu schaffen« resümierte die Mitgründerin eines Vereins, der sich genau dies zum Ziel gemacht hat (Interview Kirsten Müller 19.09.16).

Ich untersuchte Engagementbiografien, die Erfahrungen und Vorstellungen aus ›Ost‹ und ›West‹ widerspiegeln. Doch meine Ethnografie allein kann nicht ausreichend valide Daten über Unterschiede des Engagements in Ost und West erheben, zumal dies nicht die Fragestellung dieser Arbeit war. Hier sehe ich aufgrund der erhobenen Daten weiteren Forschungsbedarf, insbesondere vergleichende Arbeiten, um genauer zu verstehen, ob sich in ›Ost‹ und ›West‹ unterschiedliche Formen der Ausgestaltung des Raumes zwischen ›Zivilgesellschaft‹ und ›Staat‹ herausgebildet haben oder sich herausbilden. Für mein Forschungsfeld kann ich festhalten, dass die vorhandenen Strukturen als Grenzen des Engagements wahrgenommen wurden.

Als begrenzend wurden auch die strukturellen Rahmenbedingungen, die asylrechtliche Gesetzesverschärfungen und behördliche Strukturen in der Verwaltung von Asyl mit sich brachten, wahrgenommen. Dies zeugt von einer wahrgenommenen Widersprüchlichkeit zwischen dem eigenen Handeln und der Konstitution der Assemblage, in der es stattfindet. Die Intensivierung der Integrationspolitik und die Erleichterungen in der Förderpolitik stehen im Kontrast zu asylpolitischen Gesetzesverschärfungen. Trotz erheblich größerer finanzieller Mittel und gewachsener Infrastrukturen in Sachsen zeigten auch die Äußerungen führender Politiker immer wieder, dass Sachsen als ›Einwanderungsland‹ noch keine Selbstverständlichkeit ist, wie der Sächsische Finanzminister, der sich wundert, warum für die Integration von Geflüchteten so viel Geld benötigt wird. Oder Stanislav Tillich, der 2015 als damals amtierender Ministerpräsident erklärte, dass der Islam nicht zu Sachsen gehöre (vgl. Canan et al. 2018: 25). Auch die Wahlergebnisse der Kommunalwahlen 2019, bei der die AfD zweitstärkste Kraft in Sachsen wurde, sowie anhaltende rechtsradikale Anschläge deuten darauf hin, dass auch langfristig ambivalente Prozesse wechselwirkend die Felder Integration, Migration und Asyl bestimmen werden.

8.2 Politische Partizipation: Mehr Raum für das Politische

Die Unzufriedenheit mit bürokratischen Strukturen und rechtlichen Grenzen spiegelte sich in der wachsenden Politisierung von Freiwilligen wider. Durch ihr Engagement kamen sie in Berührung mit diesen Grenzen. Die zahlreichen Beiträge der neueren Fluchtforschung, die sich mit ›dem Politischen‹ im Engagement für Geflüchtete beschäftigten, versuchten diese neuen Formen des Engagements zusammenzufassen, sie zu definieren und abzugrenzen. Anstatt jedoch die Heterogenität zu homogenisieren, oder Dichotomien (wie ›politisches‹ vs. ›apolitisches‹ Engagement) zu reproduzieren, gilt es, bestehende Vorstellungen und Begriffe zu erweitern. Ähnlich wie ich dies mit dem politischen Feld gemacht habe, schlage ich auch eine konzeptuelle Erweiterung ›politischen‹ Handelns vor. Der Einsatz einer

so hohen Anzahl von Freiwilligen in einem politisch divers diskutierten Themengebiet, die Heterogenität der freiwilligen Angebote und der Freiwilligen selbst, die unterschiedlichen Erfahrungen und Deutungen von Engagement haben bestehende Definitionen sowohl von Ehrenamt als auch von politischer Partizipation in Frage gestellt. Um die Bedeutung und Relevanz des Engagements für die Assemblage zu kennzeichnen, habe ich für die Öffnung des Begriffs der politischen Partizipation plädiert. Ich schließe bewusst auch Handlungen darin ein, die als ›apolitische‹ diskutiert werden. Gerade weil ein ›apolitisch‹ angenommenes Verständnis humanitärer Handlungen so oft thematisiert wurde, ist es wegweisend, solche Diskurse und Konzepte zu hinterfragen, sie nicht weiter zu bedienen und stattdessen solche in den Mittelpunkt zu stellen, die das Bewusstsein der Freiwilligen in Hinblick auf ihre Agency stärken. Die Ausweitung des politischen Raumes soll so auch in der Benennung der Aktivitäten deutlich gemacht werden. Dieser Öffnungsgedanke ist nicht neu. Verschiedene anthropologische und weitere sozialwissenschaftliche Forschende beschäftigen sich mit informellen Partizipationsformen (vgl. Alscher et al. 2009; vgl. Jaffe und Koster 2019; vgl. de Nève und Olteanu 2013; vgl. Wimmer et al. 2018). Diese Arbeit bestärkt diesen Ansatz und verknüpft handlungsorientiertes Wissen mit den Erkenntnissen um die Öffnung politischer Felder am Beispiel der Hilfe für Geflüchtete. Der Begriff politische Partizipation kann so als Erinnerungsmarker fungieren, dass gesellschaftliches Engagement auch politische Dimensionen hat. Ich schlage vor, die Definitionen unabhängig vom Motivationsdefinitionen zu machen und damit eine Basis zu schaffen für das gegenseitige Verständnis der Akteur*innen als Vertreter*innen des *Politischen* (Rolshoven 2018). Denn auch die Freiwilligen selbst waren unterschiedlicher Ansicht über ihre Beziehung zu ›staatlichen‹ Institutionen. Während einige die Anerkennung ihrer Tätigkeiten im Rahmen von *Willkommenskultur* und offiziellen Ehrungen dankend annahmen, drückten andere ihren Unmut aus und wollten in einer anderen Form als politische Akteur*innen, wahrgenommen werden.

8.2.1 Ambivalenzen des Handelns: Engagement als Lernfeld

Durch die Betrachtung des Forschungsfeldes als Assemblage wird deutlich, dass das Engagement kein Zusatz und auch kein Ersatz ist, sondern dass dessen Beteiligte zuallererst konstituierende Teile, oder wie DeLanda sagt, Elemente der Assemblage, sind. Es darum die Elemente und ihre Interaktionen zu beschreiben. Dabei war es gewinnbringend, Kategorisierungen wie ›Staat‹, ›politisch‹ als Handlungen zu begreifen, die eine Funktion in der Assemblage erfüllen. Dabei bin ich DeLanda folgend davon ausgegangen, dass Elemente unterschiedliche Eigenschaften innehaben, von denen sie eine bestimmte Auswahl in der Assemblage produktiv machen, andere nicht (vgl. DeLanda 2006: 24; vgl. Weber 2005: 17). Für die Analyse der Motive des Engagements war also vor allem zentral, welche Kodierungen

wirksam werden, was zu beobachten war und wie dies in sozialen Beziehungen deutlich wurde. Dazu habe ich die sozialen Anknüpfungspunkte des Engagements in der Biografie und den Netzwerken der Freiwilligen in die Analyse einbezogen.

Ich habe gezeigt, dass für die Analyse dieser Einbeziehung der Akteur*innen in die Assemblage nicht die Motive der Freiwilligen relevant sind, sondern deren individuelle Anknüpfungspunkte an das politische Feld. Die Abfrage von Motiven allein erklärt nicht, welchen Beitrag Freiwillige leisten und welche Ressourcen sie damit in die Assemblage einbringen. Durch die Betrachtung von biografischen Anknüpfungspunkten kann man analysieren, welche Netzwerke und welches Wissen durch das Handeln der Beteiligten in die Assemblage einfließen. Ich betrachte ihre Handlungen als politisch, auch und aufgrund ihrer Ambivalenzen, die ein Abbild der Ambivalenzen einer Migration-lernenden Gesellschaft ist. Eine Person fängt vielleicht nicht mit einem durchdachten Konzept von gelungener Integrationsarbeit als Freiwillige an, doch sie erfährt und lernt durch ihr freiwilliges Engagement, was Kontakt und Begegnung bedeuten und was dabei im jeweiligen Kontext bedeutsam ist. Sachsen hatte 2015 5,4 % Menschen mit Migrationshintergrund, gegenüber 21 % in Deutschland (vgl. Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen. 2016b: 4).² Diskurse, die sich darauf beziehen, dass ein Viertel der Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund haben, sind in Sachsen nicht realitätsbezogen. Kulturelle Vielheit und Offenheit sind hier ein Lernfeld, dem immer noch zahlreiche Grenzen gesetzt sind. Freiwilliges Engagement war für eine hohe Anzahl von Menschen in meinem Forschungsfeld der erste Kontakt zu zugewanderten Menschen und er fand in einem Kontext von Fluchtmigration statt.

Ich verdeutliche dadurch, dass das freiwillige Engagement in der Geflüchtetenhilfe ein Lernfeld und eine Suche nach Partizipation war, die als sinnvoll empfundenen werden konnte. Auch innerhalb der Ehrenamtskoordination in Leipzig wurde dies so aufgefasst. Sie offerierten Geduld und Verständnis für die unterschiedlichen Lernkurven der Beteiligten, beispielsweise in Bezug auf kulturalistische Vorstellungen bei Freiwilligen gegenüber Geflüchteten. Hier wurde auf einen kontinuierlichen Prozess des Wissenstransfers gesetzt und das freiwillige Engagement als Prozess anerkannt. Diese Form der Steuerung und Koordinierung des Engagements ist angesichts der geringen Erfahrung zahlreicher Menschen in Leipzig (und in anderen ostdeutschen Bundesländern) von großer Bedeutung. Viele Forschungen analysierten Ehrenamtskoordination aus einer governementalen Perspektive und betrachteten deren Regulierungsmechanismen als eine Form der

2 Leipzig am 31.03.16 12,8 %. Das Wachstum in und nach 2015 wird nicht allein auf den Zugang von Geflüchteten zurückgeführt: »Leipzig wird also auch unabhängig von Flüchtlingsbewegungen zunehmend internationaler« (vgl. Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen. 2016b: 4).

(staatlichen) Machtausübung. Aus dieser Perspektive erschienen Engagementkoordinator*innen weniger als Individuen und Schlüsselfiguren, sondern vielmehr als verlängerter Arm ›staatlicher‹ Interessen. Meine Forschungsergebnisse haben gezeigt, dass Freiwillige diese hauptamtliche Koordination auch forderten und dass viele sich diesen durch sie koordinierten Austausch (auch mit anderen Freiwilligen) wünschten. In meinem Forschungsfeld wurde eher das Fehlen von hauptamtlicher Betreuung als Belastung, als Grenzerfahrung thematisiert. Ich habe außerdem deutlich gemacht, dass Hauptamtliche auch zu einer Vertretung von Interessen der Geflüchteten wurden und immer wieder versuchten, deren Interessen (bzw. ihre Vorstellung davon) in den Fokus ihrer Arbeit zu stellen.

8.2.2 Grenzen der Koordination von Freiwilligem Engagement

Ehrenamtskoordination wurde in Leipzig von Freiwilligen gefordert und von allen politischen Ebenen finanziell gefördert. Im vorherigen Abschnitt bin ich auf die mediatorische Rolle der Engagementkoordinator*innen eingegangen. Ich habe mich der Ehrenamtskoordination aber auch unter dem Aspekt der Institutionalisierung und Bürokratisierung von bestimmten Engagementformen zugewandt.

Das Engagement musste durch sich teilweise neu implementierende Institutionen koordiniert werden. Dabei wurden effizienz-orientierte Prozesse befördert. In der zweiten Hälfte des Jahres 2016 wurde deutlich, dass das Engagement zahlenmäßig abnimmt. Für die Koordinierungsstellen, deren wirtschaftliche Existenz auf Fördermitteln basierte, die wiederum an erfolgreiche Koordinierung geknüpft sind, wurde dies zu einem Problem. Freiwilliges Engagement kann nur geregelt werden, wenn es Freiwillige gibt, die sich engagieren. Diese scheinbar triviale Feststellung hatte weitreichende praktische Implikationen. Wenn Organisationen nicht ausreichend Freiwillige finden, steigt der Druck, Anreize schaffen zu müssen, die Menschen zum Engagement bewegen sollen. Dies bindet Ressourcen und lenkt sowohl von den eigentlichen Zielen des Engagements als auch von den Förderzielen ab, wie beispielsweise der Schaffung von gemeinsamen Begegnungsorten. Wenn Freiwillige zu einer essenziellen Ressource werden, entstehen Dynamiken innerhalb der Assemblage, die die individuellen Bedürfnisse der Freiwilligen in den Mittelpunkt stellen – und nicht die der Geflüchteten.

Engagement ist, wenn es sich institutionalisieren will, von zahlreichen anderen Faktoren abhängig. Die Vorteile eines sich institutionalisierenden Engagements sind spezifisches Feld-Wissen und Eingebundenheit und Beziehungen (vgl. *Stategraphy*), die politische und gesellschaftliche Felder verbinden können. Da dies gerade im Forschungsfeld von zunehmender Bedeutung ist, sollte hier gezielt nach Möglichkeiten gesucht werden, einschränkende Dynamiken zu unterbinden. Dies kann beispielsweise durch neue Förderstrategien, die den Zugang zu Förderung erleichtern, sowie durch mehr institutionelle Förderung erreicht werden. Ziel soll-

te sein, den nicht-staatlichen Raum auch langfristig politisch und wirtschaftlich zu stärken, damit die Arbeit, die darin geleistet wird, stabilere Strukturen aufbauen kann als dies im Kontext aufeinanderfolgender, kurzfristiger Abhängigkeiten etabliert werden könnte.

8.3 Über die Grenzen hinaus: Zukunftsvisionen in der Gegenwart

Die Fragen, die nun zu stellen sind, beziehen sich nicht darauf, ob ›zivilgesellschaftliche‹ Akteur*innen mehr und mehr sozialstaatliche Aufgaben übernehmen. Das ist ausreichend bewiesen worden, insbesondere für das Feld der Geflüchtetenhilfe. Die Aufmerksamkeit demgegenüber ist bedeutsam, ihr Fokus sollte sich jedoch darauf richten, die Bedingungen der Arbeit in diesem ›nicht-staatlichen‹ Raum zu verbessern, insbesondere dadurch, die Grenzen der politischen Felder bewusst durchlässiger zu gestalten. Ein gutes Praxisbeispiel auf der Ebene sächsischer Landespolitik ist der Erlass konkreter Handlungsempfehlungen im Zusammenhang mit dem *Zuwanderungs- und Integrationskonzept II des Freistaates Sachsen* (Köpping 2020a). In diesem Konzept werden die Handlungspotenziale der Freiwilligen als fester Bestandteil anerkannt und benannt. Gleichzeitig betont die zuständige Staatsministerin Petra Köpping, dass es eigentlich eines Integrationsgesetzes bedarf, dass die Aufgaben im Zusammenhang mit Zuwanderung steuert und koordiniert (Stiftung Bürger für Leipzig 2018a: 10). Es ist wichtig, dass soziale Aufgaben im Kontext von Zuwanderung nicht nachrangig organisiert sind, damit Plattformen für die Bildung von Netzwerken und für Kommunikation entstehen können. Um einen gewinnbringenden Transfer dieser Handlungen zwischen Freiwilligen und politischen und institutionellen Strukturen herzustellen, braucht es eine Offenheit, sich die Probleme von Freiwilligen anzuhören, die durch rechtliche und strukturelle Grenzen entstehen. Dies ist möglich, wenn man Migration und Integration als gesellschaftlich eingebettete Felder auch insofern begreift, dass den Erfahrungen der Menschen vor Ort politische Bedeutung beigemessen wird. Die Entwicklungen in Leipzig und Sachsen deuten an, dass ein solcher Prozess 2015/2016 angestoßen worden ist.

Dazu haben die zahlreichen Freiwilligen maßgeblich beigetragen. Ich fasse damit die Agency der Individuen nicht »nur« als kreativen Umgang mit den existierenden Machtkonstellationen auf, in denen das Ehrenamt ihre einzige Chance ist. Ich verstehe ihr Engagement als Ausdruck ihrer »alternative visions of the future« (Ortner 2016: 66), als eine Ausdrucksweise von Hoffnung trotz der vor Augen geführten Ungerechtigkeiten der Welt. Diese alternativen Visionen waren wesentliche Wegweiser durch die Unerfahrenheit und das Nicht-Wissen. Sie leiteten Improvisationen und Experimentierprozesse und eröffneten somit einen Raum für utopische Visionen des Zusammenlebens.

Informelle, unkoordinierte Strategien waren essenzieller Teil des Umgangs mit der *Verwaltungskrise*. Diese waren heterogen und divers. Es wurde deutlich, dass ihre diskursive, rechtliche, politische und wirtschaftliche Einbettung aufgrund dieser Heterogenität und Informalität und Dynamik schwierig war. Mein Anliegen war, nicht diese Informalität zu problematisieren, sondern die Schwierigkeiten, die sie in den als solche kategorisierten Grenzen auslöste.

Damit schließe ich mich anthropologischen Studien über soziale Bewegungen an, die ein westlich orientiertes Modernitätsdenken herausfordern, in dem sie die Rolle von nicht-staatlichen und informellen Strukturen hervorheben (vgl. Appadurai 2016: 3) und damit Dichotomien auf einer praktischen Ebene begegnen.

»Perhaps we are now ready for an anthropology of and for resistance, which takes the diversity of images of the good life into fuller account when discussing resistance, so that it becomes a matter not just of refusal but of culturally inflected aspiration.« (ebd.: 3)

Widerstand, so wird hier deutlich, ist mehr als ein ›Dagegen‹, mehr als ein ›Nein‹ zu etwas. Widerstand ist ein ›Ja‹, und die Suche danach. Als solches kann freiwilliges Engagement nur als ein ›Ja‹ begriffen werden, wenn es vom ›Nein‹, von den engen Definitionen der Motivationen und zugeschriebenen Wirkungsräume befreit wird. Assemblagen, die DeLanda als »space of possibilities« (2006: 29) begreift, weisen auf die Chancen hin, die Handlungen und sozialen Interaktionen innehaben und dass diese sowohl verbindend als auch trennend genutzt werden können. Als jemand, die diese Chancen positiv liest, verweise ich an dieser Stelle abschließend auf Beispiele in Leipzig, die gesellschaftliche Räume neu und breiter

denken wollen, im Bereich von Wohnungspolitik³, solidarischen Gesundheitswesen⁴ und Familien- und Bildungspolitik.⁵

Die folgenden Bilder aus Leipzig (Abb. 17 und 18) zeigen sichtbare Beispiele solcher Handlungsformen. In Abbildung 17 links erkennt man ein Wandgemälde an der Hauswand des »GS1«. Es ist deutlich zu lesen: »Die Stadt von unten verändern«. Die GS1 ist ein »Haus in Selbstverwaltung« (GS1 2020) in Leipzig, Lindenau. In Abbildung 18 kann man an der Hauswand eines Hausprojektes in Leipzig, Plagwitz ein Transparent mit der Aufschrift »Räume vergesellschaften« sehen. Beide Hausgemeinschaften sind Teil der Solidarischen Wohngenossenschaft eG (SoWo), die sich 2017 in Leipzig gegründet hat (vgl. SoWo Leipzig eG 2020).

Diese Entwicklungen zeigen auf, was auch individuelle Biografien in dieser Arbeit deutlich gemacht haben: Engagementerfahrungen sind ein Lernfeld, in dem Menschen zunehmend bestehende politische Felder nutzen, oder – falls deren Konstitution im Laufe der Zeit unpassend erscheint – diese Felder neu definieren, um Mitsprachemöglichkeiten für sich zu etablieren. Je mehr Institutionen und Best-Practice Beispiele innerhalb einer Assemblage vertreten sind, desto relevanter, produktiver und legitimierter werden diese Erfahrungen, Netzwerke und Handlungsräume.

Auch im Kontext anderer gesellschaftlicher Krisen, wie zum Beispiel der Klimakrise oder der Coronakrise, spielen Abschottungs- und Öffnungsaspirationen eine entscheidende Rolle. Es wird auch in diesen Krisen nicht nur inhaltlich diskutiert. Auf einer anderen Ebene steht zur Debatte, wie Politik und Gesellschaft zukünftig miteinander in Beziehung stehen sollen, um den gegenwärtigen und sich andeutenden Herausforderungen begegnen zu können. So sagte beispielswei-

-
- 3 Zum Beispiel hat sich 2017 die *Solidarische Wohngenossenschaft Leipzig eG* gegründet. Auf ihrer Internetseite fassen sie zusammen: »Wir erhalten und schaffen günstige Mietwohnungen. Wir entziehen Wohnraum dauerhaft der Spekulation. Wir ermöglichen und fördern selbstverwaltetes Wohnen. Wir setzen uns gegen Verdrängung ein und entwickeln Wohnungspolitische Alternativen.« (SoWo 2020) An der Gründung sind auch Akteur*innen der »*Kontaktselle Wohnen*« beteiligt.
- 4 In Leipzig entsteht und wächst gerade die *Poliklinik. Solidarisches Gesundheitszentrum Leipzig e.V.* Im Selbstverständnis heißt es: »Eine zeitgemäße Gesundheitsversorgung geht [...] über den rein medizinischen Bereich hinaus. Sie umfasst sowohl Vorsorgemaßnahmen (anstelle eines lediglich kurativen Ansatzes) als auch Elemente der Gemeinwesenarbeit und sieht den/die Besucher*in stets als Individuum, aber auch in seiner oder ihrer gesellschaftlichen Position. Das Stadtteilgesundheitszentrum in Leipzig Schönefeld steht allen Menschen, unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht oder sozioökonomischen Bedingungen offen. Dabei werden sowohl eine interdisziplinäre als auch individuelle Beratung und Behandlung verfolgt« (Poliklinik 2020).
- 5 Vgl. Interview mit der neuen Bürgermeisterin und Beigeordneten für Jugend, Schule und Demokratie Vicky Felthaus im Stadtmagazin *kreuzer* 12/2020.

Links: Abbildung 17: Beispiel aus Leipzig: »Die Stadt von unten verändern«.

Rechts: Abbildung 18: Beispiele aus Leipzig: »Räume vergesellschaften«.



Quelle: Beide Fotos aufgenommen im Oktober 2020 von Stefanie Adamitz.

se Luisa Neubauer, eine der Hauptorganisatorinnen der deutschen *Fridays for Future*-Bewegung, in einem Interview:

»Klimapolitik ist keine rein technische Frage, also zum Beispiel: Wo können wie Emissionen reduziert werden? Sondern: Welcher Politikstil kann es mit der Klimakrise aufnehmen? Klimapolitik muss an unserem Gesellschafts- und Politikverständnis ansetzen [...]. Wir müssen uns also fragen, wie wir politische Handlungsspielräume verändern können, damit die Politik Entscheidungen revidieren kann, ohne dabei demokratische Legitimation, Geld – und vor allem Zeit zu verlieren.« (Neubauer 2020)

Auch Neubauers Ausspruch »Manche Schüler verstehen die Klimakrise besser als Parlamentarier« ist ein provokantes und provozierendes Beispiel für Infragestellung der bestehenden Kodierung der »Professionellen« für die Beantwortung gesellschaftlicher Fragen. Diese empfundene Abschottung des politischen Feldes, die Luisa Neubauer beschreibt, wird deutlich in einem Ausspruch Angela Merkels bei der Vorstellung des Klimapakets der Großen Koalition im September 2019. Sie sagte dort, »Politik ist das, was möglich ist« (Birnbaum und Ismar 2019) und grenzte das Handeln der Bundesregierung explizit von Wissenschaft und den politischen

Forderungen von *Fridays for Future* ab: »Das unterscheidet Politik von Wissenschaft und auch von ungeduldigen jungen Menschen.« (Ebd.) Blickt man auf die demokratischen Potenziale, die große Teile der Zivilgesellschaft für sich beanspruchen bzw. die sie vermissen, verkennt diese Aussage Merkels die Möglichkeiten, eine partizipierende Gesellschaft in politische und gesellschaftliche Prozesse zu integrieren. Es wird deutlich, dass insbesondere auf der Ebene nationaler und globaler Politik die von Bourdieu beschriebenen Abschottungsprozesse des politischen Feldes als »Mikrokosmos« (2001: 41), mit seinen sich selbst reproduzierenden materiellen und expressiven Elementen, wirksam sind. Dabei wird aber auch deutlich, dass gerade deren Existenz Prozesse verstärkt, die andere Vorstellungen von politischen Räumen voranbringen. Wie auch die Zukunftsvisionen der Engagierten zeigen, wird das »was möglich ist« in der Praxis auch durch »Wissenschaft« und durch »ungeduldige junge Menschen« zu vielfältigen Handlungen. Sich von diesen Visionen und Ansichten abzugrenzen, wirkt wie ein vehementer Versuch, »Zivilgesellschaft« und »Staat« getrennt zu halten. Dabei werden die Grenzen der in »der Politik« formulierten Kodierungen des Möglichen zunehmend deutlicher, vor allem auf kommunaler Ebene. Es wird in den nächsten Jahren spannend und bedeutsam bleiben, die Abgrenzungs- und Öffnungsprozesse der politischen Felder angesichts der beschriebenen Entwicklungen, aber auch angesichts gegenwärtiger antidemokratischer Bewegungen und weiterer zukünftiger Krisen zu beobachten.

